

ROTE POST

Nr. 42

Juli 2021

INTERNATIONAL

- 6 DEUTSCHER IMPERIALISMUS IN UNGARN

BRD

- 8 MEHR VERELENUNG FÜR UNSERE ALTEN

FRAUEN

- 10 MEHR FRAUEN IN ALTERSARMUT

BERLIN

- 12 WILDER STREIK BEI „GORILLAS“

HAMBURG

- 14 NEUES VOM EKZ STEILSHOOP

BREMEN

- 16 WIEDER POLIZEISCHÜSSE IN GRÖPELINGEN

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 ESSEN 51 – LÖSUNG DES WOHNUNGSPROBLEMS?

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 REAKTIONÄRE GEWALT IN FREIBURG

KULTUR

- 22 GEDICHT: DER VERBRANNT STIMMZETTEL

INHALT

- 4 BILD DES MONATS**
- 6 INTERNATIONAL**
- 8 BRD**
- 10 FRAUEN**
- 12 BERLIN**
- 14 HAMBURG**
- 16 BREMEN**
- 18 NORDRHEIN-WESTFALEN**
- 20 BADEN-WÜRTTEMBERG**
- 22 KULTUR**

19. JUNI: GROSSDEMONSTRATION IN RIO DE JANEIRO

UNGARN: WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS EIN LAND AUSBEUTET

**RENTEN- UND PFLEGEREFORM – MEHR VERELENUNG FÜR UNSERE ALTEN
MEHR FRAUEN IN ALTERSARMUT**

WILDER STREIK BEI „GORILLAS“

NEUES VOM EKZ STEILSHOOP

SCHON WIEDER POLIZEISCHÜSSE IN GRÖPELINGEN

ESSEN 51 – DIE LÖSUNG DES WOHNUNGSPROBLEMS IN ESSEN?

REAKTIONÄRE GEWALT IN FREIBURG

GEDICHT: DER VERBRANNT STIMMZETTEL

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

Mitte Juli veröffentlichten die „Vereinten Nationen“ einen Bericht zur weltweiten Ernährung. 70 bis 161 Millionen Menschen mehr als im vorigen Jahr sollen 2020 an Hunger gelitten haben, das bedeutet insgesamt bis zu 811 Millionen, ungefähr ein Zehntel der Weltbevölkerung. Das ist weiterhin die Realität im Imperialismus. Die unterdrückten Nationen schreien nach Befreiung von diesem Joch, die Imperialisten antworten mit dem Einzigen, was sie kennen und können: reaktionäre Gewalt. Gerade waren in Mali zwölf Bundeswehrsoldaten verletzt worden, schon kündigte die EU an, Soldaten auf eine „Ausbildungsmission“ ins nächste afrikanische Land, nach Mosambik zu schicken. Und zunehmend kennen die „Herrscher der Welt“ nur noch ein Wort für alle, die gegen dieses System kämpfen, und auf die sie ihre Soldaten loslassen: Terroristen. Wenn man den bürgerlichen Medien glaubt, gibt es immer mehr Terroristen auf der Welt, die eine Gefahr für jeden von uns darstellen. Drehen wir diese Sache einmal vom Kopf auf die Füße, sagen die Herrschenden uns furchterfüllt: Die revolutionären Kräfte wachsen an!

Die Hoffnungen auf einen „Corona-freien“ Herbst sind schon so gut wie geschwunden. Das heißt politisch, das Volk wird den vom Staat verhängten Ausnahmezustand nicht los. Während der Höhepunkt der Krise noch weiter aufgeschoben wird, werden gerade so einige Maßnahmen von der BRD getroffen, die perspektivisch die wirtschaftliche Situation des Volkes verschlechtern. Ganz konkret betrifft das gerade alte Menschen. Renten- und Pflegereform werden uns in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich zu spüren geben, was es bedeutet, wenn der Staat auf unsere Kosten massiv Geld sparen will: Armut. Doch wo es Armut gibt, da ist der Boden fruchtbar für die Revolution. Und die Arbeiterklasse besteht aus allen Altersklassen; die Kämpfe der Alten sind unsere Kämpfe, genau so wie die Kämpfe der Jugend.

Nun ist es gar nicht mehr so lange hin bis zu den Wahlen. Versprechen hageln wieder auf uns herab, Leute machen uns weis, dass sie es besser können als es bisher gemacht wurde, und an jeder Ecke gucken große, aufgehübschte Gesichter auf uns runter. Wir kennen dieses Spiel nur zu gut. Und deswegen ist es wichtiger denn je, diesem System unsere Ablehnung zu zeigen, wenn die Herrschenden uns darum bitten, es zu legitimieren. Für uns gibt es bei der Bundestagswahl rein gar nichts zu gewinnen. Und die deutschen Imperialisten zeigen auch, dass sie es sich nicht zu Schade sind, das Elend des Volkes für ihren Wahlkampf auszunutzen. So eilten unter anderem die Kanzlerkandidaten der CDU und SPD, Armin Laschet und Olaf Scholz, zu den Opfern der Flutkatastrophen in Westdeutschland. Laschet hatte als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen noch einen plausiblen Vorwand, *Finanzminister* Scholz hingegen überhaupt nicht, und rechtfertigte sich folgendermassen: *„Ich werde alles dafür tun, dass auch der Bund finanzielle Hilfe leistet.“* Das erinnert schon an die Worte von Gerhard Schröder nach den Fluten entlang der Elbe in Sachsen im Wahljahr 2002. Seine Propagandaauftritte in den überfluteten Gebieten wurden von der bürgerlichen Presse als „Gummistiefel-Wahlkampf“ bezeichnet und gelten noch heute als wichtiger Faktor für den Wahlsieg der SPD damals. Auch wenn die Herrschenden das konsequent leugnen - genau einen solchen Wahlkampf haben sie diesen Juli auf Kosten der bei den Fluten Verunglückten geführt. Auch dieses Jahr gilt wieder: **Ausbeutung abwählen, das klappt nie - Boykott der Wahlen der Bourgeoisie!**

Eure RoPo-Redaktion

**LIBERDADE IMEDIATA
PARA OS 4 CAMPONESES
TERRA PARA QUEM NELA**



Am 19.06.21, dem nationalen Aktionstag gegen die völkermörderische Regierung Bolsonaro in Brasilien, und gleichzeitig Tag der revolutionären Gefangenen und revolutionären Kriegsgefangenen, kam es in Brasilien zu landesweiten Demonstrationen in über 427 Städten; an den Protesten nahmen Hunderttausende teil. Auf einer Demonstration in Rio de Janeiro fordern Demonstranten die unmittelbare Freilassung der vier politischen Gefangenen, die ihm Zuge der Repression gegen die Liga der armen Bauern (LCP) im Camp Manoel Ribeiro (Rondônia) festgenommen wurden.

Quelle: A Nova Democracia



UNGARN: WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS EIN LAND AUSBEUTET

Deutschland, engagierter Menschenrechtsverteidiger, vor allem außerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen, zeigt immer wieder mit erhobenen Zeigefinger auf Ungarn. Viktor Orbán sei ein böser Autokrat und sowieso laufe es in Ungarn überhaupt nicht so, wie das mit „unseren“ Werten vereinbar sei. Wie viel Einfluss Deutschland in Ungarn hat und wie groß sein Anteil an der ökonomischen Lage Ungarns, vor allem der Lage des ungarischen Volks ist, findet dabei eher weniger Beachtung. Dabei ist die EU, mit ihrem „Chef“ Deutschland überhaupt kein gleichberechtigter Verein von Nationen, sonder ein knallhartes imperialistisches Bündnis, in dem vor allem die Interessen der reichen Länder an erster Stelle stehen: Was für die Imperialisten attraktiv ist, sind Länder mit billigen Arbeitskräften und schwacher Wirtschaft. So bauen sie z.B. in Ungarn ihre Produktion auf und holen billige Arbeitskräfte nach Deutschland. Sie verkaufen ihre Waren, wie zum Beispiel Autos, Elektronik, Baustoffe, Ressourcen oder Lebensmittel in Ungarn zu einem günstigeren Preis, dadurch überbieten sie ungarische Unternehmen in der Konkurrenz, und bringen das Land und sein Volk in eine immer größer werdende Abhängigkeit. Der deutsche Imperialismus hat Ungarn fest im Griff! Und der viel gescholtene Orbán ist nur ein Knecht dieser Interessen.

ABHÄNGIGE INDUSTRIE!

Deutschland ist mit 27,96 Prozent Exportvolumen Ungarns wichtigster Handelspartner. Die Autoindustrie, die einen der wichtigsten Teile der deutschen Wirtschaft ausmacht, ist in Ungarn die größte Branche; letztes Jahr machte sie über 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Unternehmen wie Mercedes, BMW, Opel, Audi haben in Ungarn ihre Werke aufgebaut, wobei „AUDI HUNGARIA Zrt.“ sogar das zweitgrößte Unternehmen des Landes ist. Diese Branche existiert nur wegen den deutschen Autoherstellern, so wird der Hauptzweig der ungarischen Wirtschaft entweder direkt aufgebaut oder zumindest kontrolliert von den deutschen Konzernen. Auch andere große Konzerne, wie z.B. BOSCH, das vor allem große Industriemaschinen, aber auch kleinere Elektro-Maschinen herstellt, besitzt Produktion in Ungarn. Auch wenn tatsächlich fertige Produkte und nicht nur Teile für die Endmontage in Deutschland produziert werden, so ist die Produktion entweder direkt oder

durch „Investitionen“ abhängig von den ausländischen Monopolen.

Ein wichtiges Charaktermerkmal des Imperialismus ist der Kapitalexport. So investieren Imperialisten, mittels Banken, Fonds und Unternehmen, in Produktionsstätten anderer Länder, in denen sie billige Arbeitskraft oder Ressourcen ausbeuten wollen. Natürlich wird auch Technologie zur Optimierung des Produktionsprozesses in die unterdrückten Nationen exportiert, jedoch bleibt das „technische know-how“ Betriebsgeheimnis, was es lokalen Unternehmen unmöglich macht, in der Konkurrenz zu bestehen. Durch diesen Einfluss können die Imperialisten die Arbeiter zwingen, ihre Arbeitskraft noch billiger zu verkaufen, um diese noch mehr auszubeuten.

Das größte Unternehmen Ungarns, der Mineralölkonzern MOL NyRt, ist sogar mächtig stolz auf diese „Investitionen“:

„Die dynamische Entwicklung des Unternehmens wurde von Beginn an von anerkannten internationalen Investoren vor allem aus den USA und Großbritannien unterstützt. MOL wurde vor kurzem von der namhaften Publikation Institutional Investor zum Investoren-freundlichsten Unternehmen in Zentraleuropa gewählt, was die große Unterstützung ausländischer Investoren nur noch unterstreicht.“

Die MOL-Group und der deutsche Konzern ThyssenKrupp bauen seit 2019 zusammen eine große Chemiefabrik in der ungarischen Stadt Tiszaújváros, diese soll rund 200.000 Tonnen Polyole herstellen. Polyole (Polyalkohole) sind chemische Produkte, die vor allem für die Kunststoffherstellung benötigt werden.

UND DAS UNGARISCHE VOLK?

Werfen wir mal einen Blick auf die Situation des Volkes, die so sehr durch die wirtschaftliche Lage bestimmt ist. Winter für Winter erfrieren Menschen sogar in ihren Wohnungen, ganz abgesehen von den Obdachlosen, wovon es nach Schätzungen von 2017 schon 25.000 bis 30.000 gab. Was aber nur eine grobe Schätzung sein kann, in Wahrheit sind es bestimmt mehr, denn dies lässt sich nur schwer überprüfen, da es Obdachlosen seit

2014 per Gesetz verboten ist, an öffentlichen Plätzen zu schlafen. Viele suchen deshalb Unterschlupf in Wäldern oder verfallenen Gebäuden. Etwa 18% der Bevölkerung Ungarns, also etwa 1,8 Millionen Menschen, leben in Armut. Nach Definition des deutschen Imperialismus gelten Menschen dann als arm, wenn sie unter 60% des mittleren Einkommens ihres Landes beziehen, und zum Beispiel keine Schulden, Heizkosten, Miete u.ä. bezahlen können. Im Falle Ungarns wären diese 60% ca. 600 Euro im Monat. Zum Vergleich: der Mindestlohn in Ungarn liegt bei etwa 430 Euro im Monat. Das ungarische Volk lebt in miserablen Verhältnissen, das ist offensichtlich. 2018 gab es eine Reihe an Protesten. Bis zu Hunderttausend Menschen demonstrierten damals in der Hauptstadt Budapest gegen die Regierung um Viktor Orbán. Wiederum Zehntausende gingen Ende des Jahres gegen das „Sklavengesetz“ auf die Straße, ein Gesetz, dass die Arbeiter bis zu 400 Überstunden im Jahr zwingt. Diese Überstunden müssen dann erst in den nächsten drei Jahren ausgeglichen werden. Ein Gesetz, das vom ungarischen Volk zurecht als „Sklavengesetz“ bezeichnet wird, und die Ausbeutung der Arbeiter nur verschärft. Auch ein Ende der massiven Korruption war eine Forderung der Demonstranten.

ALLES VIKTORS SCHULD?

Ist für diese schlechte Lage nun die Regierung Ungarns verantwortlich oder die ausländischen Konzerne? Die Macht der deutschen Imperialisten in Ungarn ist so groß, dass zwölf deutsche Unternehmen „strategische Partnerschaftsabkommen“ mit der ungarischen Regierung haben: Daimler, Audi, Continental, Siemens, Bosch, Knorr-Bremse, ZF, FESTO, Henkel, ThyssenKrupp und die Telekom (mit zwei Subunternehmen). Die ungarische Regierung hat also mehr als nur ein offenes Ohr für das, was die deutschen Unternehmen so wollen, sie erweist sich als Knecht der Imperialisten, der gemeinsam mit ihnen das Volk ausbeutet.

Aber dass sie Knechte sind, heißt nicht, dass sie keine eigenen Interessen haben. Auch die ungarische Regierung will ein Stück politische Unabhängigkeit. Viktor Orbán sagt, er sei für die nationale Unabhängigkeit. Nach der Abhängigkeit vom sowjetischen Sozialimperialismus sieht er nun in der EU den größten Feind Ungarns. Ungarn ist genötigt, Teil der EU zu sein, um nicht wirtschaftlich isoliert zu werden. Orbán und die Regierung um die Fidesz-Partei haben allerdings

immer wieder bewiesen, dass sie nur die treuen Vollstrecker der „westlichen“ Interessen, das heißt, vor allem der deutschen, sind. Denn ohne ausländische Investitionen haben sie nichts, insofern ist es Verrat, wenn sie von nationaler Unabhängigkeit sprechen.

2017 wurde die Verlogenheit der ungarischen Politik und vor allem der EU sehr deutlich. In einem der vielen Korruptionsskandale kam zu Tage, dass für den Bau der Budapester Metrolinie M4 von 2014 bis zu einem Drittel der umgerechnet 1,7 Milliarden Euro Investitionen Bestechungsgelder waren. Besonders österreichischen Bauunternehmen hatte die Budapester Stadtregierung Millionen unter der Hand zugeschoben, Orbán behauptete danach einfach, er habe nichts davon gewusst. Erinnerungslücken sind ja auch in Deutschland eine weit verbreitete Ausfallerscheinung so mancher Politiker. Die EU kassierte daraufhin einen großen Teil ihrer Hilfgelder wieder ein und nutzte den Skandal, das „widerspenstige“ Ungarn noch ein bisschen mehr ins schlechte Licht zu rücken. Dabei sind diese Fördergelder und „Ausländische Direktinvestitionen“ genau das, was ein Land abhängig macht. Diese Anklagen der Korruption sind nur ein billiges Manöver, um die Aufmerksamkeit von der eigenen Verlogenheit und Schinderei zu lenken!

Jetzt streiten sich Ungarn und die BRD wieder, unter anderem wegen dem „Homosexuellen-Gesetz“, wobei es für Deutschland besonders darum geht, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns einzumischen. Ein bisschen Streit ändert allerdings nicht das Verhältnis der beiden Länder zu einander, ändert nicht, dass Viktor Orbán noch 2018 Stargast bei einer CSU-Tagung war, dass deutsche Rüstungshersteller im großen Stil das ungarische Militär mit aufgebaut haben! Deutschland ist eine imperialistische Nation, Ungarn ist eine unterdrückte Nation – um sich zu befreien, um wirkliche nationale Unabhängigkeit zu erlangen – muss das ungarische Volk die Imperialisten, und das heißt vor allem Deutschland – aus dem Land vertreiben. •



Streik der Belegschaft (12.000 Arbeiter) des Audi-Werks in Győr, 2019

RENTEN- UND PFLEGEREFORM – MEHR VEREULENDUNG FÜR UNSERE ALTEN

Als Arbeiter gehört es zum Leben dazu, dass man mit vielen Dingen zu kämpfen hat. Geld ist knapp, Rechnungen hier und da, die Arbeit wird von Jahr zu Jahr schwerer. Worauf man sich freuen kann, ist, einen schönen Lebensabend zu verbringen ohne Arbeit und ohne finanzielle Probleme, schließlich zahlt man dafür ja Monat für Monat in die Rentenkasse ein. Dass das in den allermeisten Fällen aber lediglich eine schöne Vorstellung bleibt, ist kein Geheimnis. Als Rentner aus der Arbeiterklasse ist man alles andere als sorgenfrei. Laut aktuellen Angaben leben rund 16 Prozent der Rentner in der BRD in Armut. Als arm definieren die Herrschenden bei allein lebenden Menschen, dass man im Monat weniger als 1074 Euro zur Verfügung hat. Dazu kommen all diejenigen Rentner, die nur über die Grenze kommen, weil sie neben der Rente noch Arbeiten gehen. All die Alten, die morgens um 4 Uhr die Zeitungen austragen, die vor Sonnenaufgang putzen gehen oder welche andere Arbeit auch immer machen – all diejenigen

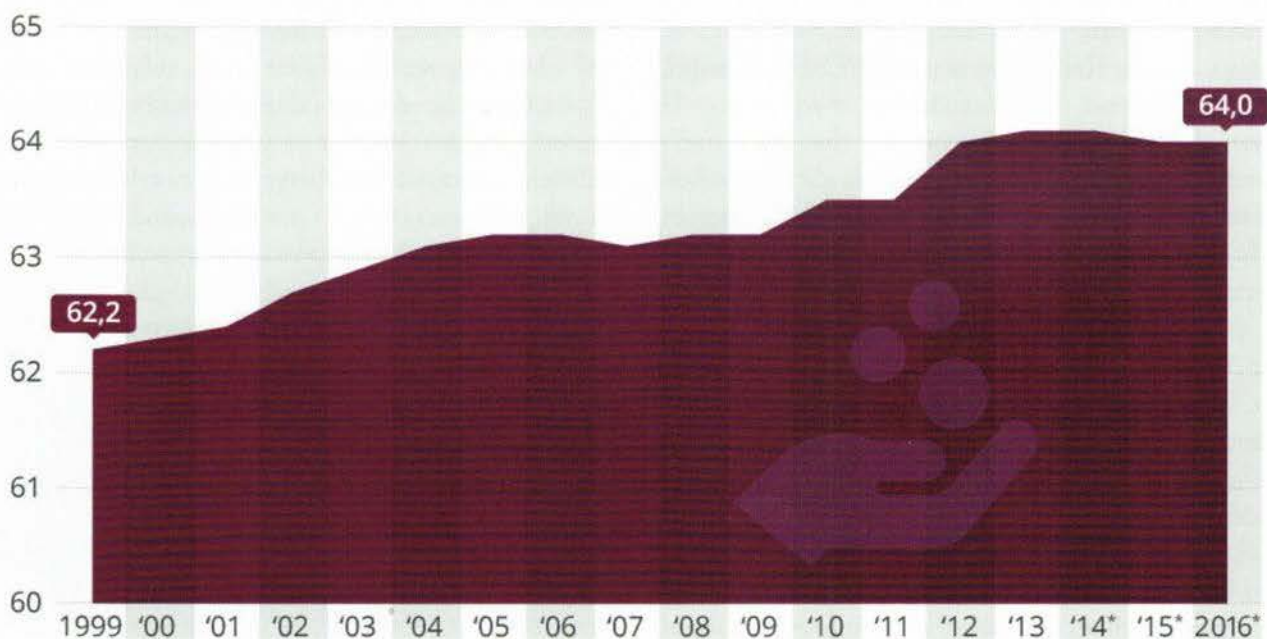
sollen nicht als arm gelten. Arbeiten müssen nach dem Leben voller Arbeit, weil die Rente nicht reicht – klingt absurd, ist aber die bittere Realität der Alten unserer Klasse.

Dieses Problem wird sich in den kommenden Jahren vermutlich noch weiter vertiefen. Denn Anfang Juni dieses Jahres ertönten erste Stimmen aus dem Bundeswirtschaftsministerium, die nach der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre bis 2042 schrien. Zwei Punkte werden von den Beratern des Wirtschaftsministeriums dafür angeführt. Erstens soll es notwendig sein, das Renteneintrittsalter anzuheben, da man andernfalls in große finanzielle Probleme schlittern würde. Und zweitens müsse man auch mit einbeziehen, dass die Leute heute statistisch gesehen älter werden als früher und man sie somit auch länger arbeiten lassen kann, um sie noch ein paar Jährchen länger auszuquetschen. Was die Wirtschaftsberater richtig feststellen, ist dass das deutsche Rentensystem

Die Rentenreform ermöglicht, dass der Trend sich so weiterentwickeln kann wie in den vergangenen Jahrzehnten

Die Deutschen gehen immer später in Rente

Durchschnittliches Renteneintrittsalters bei der gesetzlichen Altersrente



nicht funktioniert. Um den finanziellen Problemen, die dem deutschen Staat blühen, Herr zu werden, würden sie das Ganze mit ihrem Reformvorschlag aber auf die Arbeiter abwälzen. Ein späteres Renteneintrittsalter heißt besonders in körperlichen Jobs, dass man sich noch ein paar Jahre länger kaputt schuften muss oder schon so kaputt ist, dass man gezwungen ist, in Frührente zu gehen. Das heißt, am Ende steht eine noch geringere Rente für die Alten der Arbeiterklasse, noch mehr Altersarmut und noch mehr Verelendung. Und viele werden kaum noch was von ihrer Rente haben, wenn sie sich ihr Leben lang kaputtgeschuftet haben und dann mit knapp 70 Jahren pflegebedürftig oder sogar schon tot sind. Ein Leben lang umsonst eingezahlt.

Bisher ist die Rentenreform noch keine beschlossene Sache, und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) lehnten den Vorschlag beide ab. Wenige Monate vor der Bundestagswahl und mitten im Wahlkampf wäre es auch eine Dummheit, sich dafür auszusprechen, dass die Leute länger arbeiten müssen. Vom Tisch ist die ganze Sache aber keinesfalls, und besonders nach der Bundestagswahl im September werden die Stimmen für die Erhöhung des Eintrittsalters wieder lauter werden.

Neben dem Vorschlag zur Rentenreform bereitet die Bourgeoisie allerdings noch einen weiteren Angriff auf die Arbeiterklasse vor, bei dem es um die Sorge unserer Alten geht: Die Pflegereform, die nächstes Jahr im September in Kraft treten soll. Der Kern davon soll sein, das Pflegepersonal nach Tarif zu bezahlen, um die mangelhafte Entlohnung des Personals einheitlich zu verbessern und den Beruf wieder „attraktiver“ zu machen. Seit Ewigkeiten kämpfen Pflegemitarbeiter gegen katastrophale Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, dem soll angeblich nachgekommen werden. Deshalb ist diese Reform in einigen Kreisen gut angekommen. Doch wer zahlt für die höheren Löhne, der Staat oder der „kleine Mann“ aus dem Volk? Letzterer natürlich. Die Reform kostet laut Gesundheitsminister Jens Spahn rund drei Milliarden Euro, die Krankenkassen rechnen bereits für 2022 mit einem Defizit von zwei Milliarden. Die Beiträge werden also steigen, die Reform wird auf unserem Rücken abgewälzt; der Zuschuss vom Staat von einer Milliarde im Jahr ist viel zu wenig. Auch die Kostenübernahme durch die Kassen mit zunehmender Aufenthaltsdauer ist kaum von Nutzen, da der Aufenthalt von Menschen

in Pflegeheimen immer kürzer wird und ein Großteil nicht mal mehr viel länger als ein halbes Jahr dort ist, ehe die Person dort stirbt. Eine Beitragserhöhung ist im Gesetz auch schon enthalten, nämlich für Kinderlose. Zynisch begründet das Spahn:

„Manch einer würde gerne Kinder haben und es klappt aus welchen Gründen auch immer nicht, das ist belastend, aber hier geht es ja vor allem um die wirtschaftliche Situation von Familien und denjenigen, die wie ich keine Kinder haben, und die haben jedenfalls diese finanzielle Belastung nicht, bei allem großen Glück, was Kinder sonst bedeuten.“

Wer kein Kind bekommen kann, hat also doppelt Pech gehabt, möchte er sagen. Und auch wer einfach keines will muss 0,25 Prozent mehr zahlen. Im Endeffekt müssen die Pflegebedürftigen mit den höheren Beiträgen für die Kassen dafür zahlen, dass das Personal besseren Lohn bekommen soll – so wird auch versucht, die beiden Seiten gegeneinander auszuspielen. Zudem schließt das Reformgesetz keine „Missbrauchs-Tarifverträge“ aus, denn vorgegeben ist nur noch eine „Orientierung an den ortsüblichen Tarifen“. Es ist also auch keineswegs die Erfüllung der Forderungen des Pflegepersonals.

Was sich zeigt, ist, wie sich der imperialistische deutsche Staat in keinsten Weise um die Alten der Arbeiterklasse schert. Mit der Rente mit 68 Jahren schafft er sich die Grundlage, uns noch länger ackern zu lassen und auszubeuten. Mit der Pflegereform wälzt er die Pflegekosten auf das Volk ab, während die Alten unserer Klasse langsam in den Heimen verrotten. Der Traum von einem schönen Lebensabend nach Jahren voll schwerer Arbeit schwindet so noch mehr dahin. Denn kannst du deine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen, bist du für die Herrschenden nutzlos und wertlos. An dieser Stelle sei an die Bilder aus Frankreich erinnert, die letztes Jahr um die Welt gingen, als Paris und andere Städte brannten, nachdem Präsident Macron eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre ankündigte. Generalstreik, Massenproteste und Kämpfe gegen den Staat waren die Folge. Die Massen in Frankreich haben im letzten Jahr vorgemacht, was der richtige Weg ist, wenn die Bourgeoisie einen Angriff auf unsere Klasse startet. •

MEHR FRAUEN IN ALTERSARMUT



Vor Kurzem fand die 16. Frauenalterssicherungskonferenz statt. Eine Veranstaltung der Gewerkschaft Verdi und vom Sozialverband Deutschland (SoVD), bei denen Frauen zur Abwechslung auch mal ihre Meinung dazu kundtun durften, dass viele von ihnen auch im Alter stark benachteiligt sind.

Altersarmut im Allgemeinen ist längst keine Seltenheit mehr. So mussten laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2019 circa 1,29 Millionen Menschen, die die Regelaltersgrenze bereits erreicht hatten, weiterhin erwerbstätig sein. Das sind 45 Prozent mehr als noch 2010. Beachtlich ist dabei, dass weitaus mehr Frauen weiterhin einer Tätigkeit nach Renteneintritt nachgehen müssen als Männer. Denn während die durchschnittlich überwiesene gesetzliche Rente in Deutschland bei 982 Euro im Monat liegt, was sowieso schon nur knapp zum Leben reicht, erhalten Frauen im Schnitt dann noch 425 Euro weniger als Männer: Die durchschnittliche Rente einer Frau beträgt 645 Euro. Fast die Hälfte der westdeutschen Frauen, die zwischen 1966 und 1970 geboren sind, werden in ihrer Rente gerade mal

um die 700 Euro monatlich bekommen. Viele Frauen werden im Alter unterhalb der Armutsgrenze liegen – auch, weil der Staat das durch seine Gesetzgebung fördert.

Ein Grund dafür ist, dass Frauen sich in dieser Gesellschaft noch immer vermehrt um die Kinder und den Haushalt kümmern. Die Reproduktion wird häufig einfach auf den Rücken der Frau abgeladen. Das passiert nicht nur aufgrund der patriarchalen Ideen, die in dieser imperialistischen Gesellschaft verbreitet sind, dass das „schwache Geschlecht“ nicht jagen, sondern sammeln sollte. Auch in ökonomischer Hinsicht hat es Vorteile für die Familie, wenn der Mann mehr arbeiten geht, weil die Frau häufig schlechter bezahlt wird. Die Frau bekommt in bestimmten Berufen von Grund auf weniger Lohn, obwohl die exakt die gleichen Tätigkeiten verrichtet wie der Mann. Auch gehen Frauen häufig schlechter bezahlten Berufen nach, wie zum Beispiel in der Pflege. Viele Frauen haben also schon in ihrem Berufsleben die Gewissheit, sich im Alter kaum selbst versorgen zu können. Außerdem befördert das Steuersystem der BRD, dass verheiratete Frauen weniger arbeiten gehen. Das sogenannte

„Ehegattensplitting“ gewährt steuerliche Erleichterungen für Ehepaare, in dem es Alleinverdiener subventioniert. Das heißt, es hat Vorteile für die Frau, die meist weniger verdient als ihr Ehemann, zu Hause zu bleiben und nicht arbeiten zu gehen.

Außerdem gehen mehr Frauen als Männer in Frührente, weshalb zum eigentlichen Renteneintritt dann Abzüge von der Rente gemacht werden. Wahrscheinlich, weil sie sich im Klaren dafür sind, dass die prozentualen Abzüge bei ihrer wenigen Rente sowieso kaum einen Unterschied machen. Auch erhalten Frauen kaum eine Betriebsrente, da sie häufiger in Berufen arbeiten, die diese nicht ermöglichen. Während Männer in Westdeutschland im Schnitt 700€ Betriebsrente erhalten, erhalten Frauen im Schnitt nicht einmal die Hälfte. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind auch hier noch immer gravierend. Dabei sind die Renten für die ostdeutschen Frauen, trotz jahrzehntelanger Arbeit um einiges geringer als die der westdeutschen Frauen. Ein Grund dafür: Nach der „Wiedervereinigung“ wurden die Renten angeglichen – doch nicht in allen Bereichen. Wie beim Versorgungsausgleich, der im Westen noch heute dazu führt, dass Eheleute nach einer Scheidung die gleiche Chance auf Altersvorsorge haben. Weil es den im Osten nicht gab, wurde er auch nach dem Ende der DDR nicht gewährt.

Frauen, die nach Deutschland einwandern, gehören zu den am stärksten von Altersarmut Betroffenen. Von den Zugewanderten über 65 Jahre sind 36 Prozent armutsgefährdet. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens in Deutschland zur Verfügung hat – derzeit 1.074 Euro. Es wurde versprochen, die Armutsgefährdung der Rentner durch die Einführung der Grundrente zu begrenzen. Die sogenannte „Grundrente“ bedeutet für viele jedoch lediglich 75€ pro Monat mehr im Portemonnaie. Denn die Grundrente ist nicht eine Grundsicherung. Deshalb müssen viele Rentner zusätzlich noch aufstocken, bei schlechter Gesundheit weiter arbeiten oder sich mit dem Sammeln von Pfandflaschen aushelfen.

Durch die bürgerliche Presse wird den Frauen außerdem signalisiert, dass sie nur durch zusätzliche private Altersvorsorge abgesichert seien. Von dem schlechten Gehalt soll man dann noch mehr abzwacken, als einem sowieso schon genommen wird, um sicher zu sein, dass man im Alter nicht hungern

muss. Dabei haben Konzepte wie die „Riesterrente“ für Geringverdiener sowieso kaum Vorteile.

Die Lösung, die die gelbe Gewerkschaft den Frauen bei ihrem ach so sozialem Event anbietet, ist einfach: Frauen sollen mehr arbeiten gehen. Was ändert es daran, wenn Frauen weiter in den gleichen Berufen weniger verdienen als Männer, was ändert es daran, wenn Frauen oft in „Frauenberufen“ arbeiten, die oft auf Teilzeitkräften basieren und ebenso schlecht bezahlt werden? Die gelben Gewerkschaften, die nichts anderes tun, als am Ende die Interessen der Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiter durchzusetzen, gaukeln den Leuten Lösungen vor, die am Ende nichts an dem grundsätzlichen Problem, dass dieses System sich auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert, ändern. Sie täuschen vor, Arbeitervertreter zu sein, versuchen aber, die Interessen der Arbeiter zu verwischen, indem sie sie mit den Interessen der Kapitalisten „in Einklang“ bringen. Deshalb müssen sich die Frauen organisieren und nicht nur dafür kämpfen, die konkreten Forderungen der Frauen und Rentner umzusetzen. Sondern die auch dafür kämpfen, dass die Ursachen für die Ungerechtigkeiten ein für alle mal zerschlagen werden und ein neues System ohne Ausbeutung und Unterdrückung die Macht erlangt. •

Ein Leben lang geschuftet, und trotzdem am Ende auf Pfandsammeln angewiesen



WILDER STREIK BEI „GORILLAS“



Streikende blockieren das „Gorillas“-Warenlager an der Prenzlauer Allee

Der Lebensmittellieferdienst „Gorillas“ hat sich vor etwas mehr als einem Jahr in Berlin gegründet und hat seitdem massig Investitionen erhalten. So haben sie im März diesen Jahres eine Auszeichnung dafür bekommen, insgesamt mehr als eine Milliarde US-Dollar an Investitionen erhalten zu haben, „So schnell wie noch kein Start-Up in Europa zuvor“, wie sie selbst stolz verkünden. Diese Milliarde haben sie schnell vor allem zur Expansion genutzt und sind inzwischen in 46 Städten, darunter Berlin, Hamburg, München, Bremen, Essen oder Leipzig, meist in einigen zentral gelegenen Stadtteilen, aktiv. Ihre Werbung verspricht, betont hip, dass sie Supermarktprodukte innerhalb von 10 Minuten in die Wohnung liefern und das mit relativ geringen Lieferkosten. Die Firma versucht also, sich möglichst schnell und breit in einem Markt der Lieferdienste zu etablieren, der auch im Zuge des Ausnahmezustandes weiter gewachsen ist. Allerdings versuchen sie auch, die Investoren glücklich zu halten und möglichst auch jetzt schon Profite zu verzeichnen. Die Kosten dafür tragen wieder einmal die Arbeiter des Unternehmens.

Unter diesen Arbeitern sind das vor allem die sogenannten „Rider“, die Auslieferer, und die „Picker“, die die jeweils bestellten Produkte aus dem Lager bringen. Kostensparende Methoden beinhalten fehlende, unzureichende und kaputte Schutzausrüstung,

das Nichtauszahlen von Überstunden und Krankheitstagen, oder auch angeblich „versehentliche“ falsche Abrechnung der gearbeiteten Stunden, bei denen der Lohn dann „zufällig“ zu gering oder gar nicht ausgezahlt wird. Um die Werbeversprechen von geringer Lieferzeit bei jeglichem Wind und Wetter zu halten, werden die Rider dann dazu auf E-Rädern mit teilweise kaputten Bremsen, mehr Gewicht als ihr Vertrag vorsieht oder jeder Arzt empfehlen würde, dafür aber ohne dem Wetter entsprechende Arbeitskleidung durch die Stadtteile gehetzt. Wenn das zu Unfällen und Rückenproblemen führt, kann man ja auch gleich die Chance nutzen und die Krankheitstage nicht auszahlen.

Um das möglichst lang mit den Arbeitern machen zu können, wenden sie einige Tricks an, um der Gegenwehr und Organisation der Arbeiter entgegen zu wirken. Das fängt an bei den allgemeinen Arbeitsbedingungen, bei denen es oft schwer ist, überhaupt in Kontakt mit anderen Arbeitern zu kommen, wenn man sie nicht gerade auf der Straße oder beim Warten auf den nächsten Auftrag trifft. Vor allem der Kontakt zwischen unterschiedlichen Lagerhäusern wird so erschwert. Als die Arbeiter begannen, die firmeneigene App, auf der von der Arbeitseinteilung bis konkreter Lieferung so ziemlich alles läuft, übrigens natürlich auf dem Privathandy und privaten Internetkosten, zur Kommunikation zu nutzen, wurden diese Funktionen vielerorts schnell geschlossen.

Auch Social-Media-Accounts, auf denen Arbeiter Erfahrungen und Probleme zusammengetragen haben, wurden gelöscht, wobei die Firma unschuldig tut und nichts damit zu tun zu haben will.

Weiter stellen sie vor allem viele migrantische Arbeiter an, die teilweise nicht einmal die „Arbeitnehmerrechte“ kennen, oder auf Weiterlaufen ihrer Anstellung angewiesen sind, um weitere Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu erhalten. Dem dienen vor allem auch die auf ein Jahr befristeten Verträge, von denen die Hälfte Probezeit ist, um die Angst vor Kündigungen zu erhöhen. Um zu versuchen, die Arbeiter weiter zu spalten, werden auch studentische Leiharbeiter für einzelne Schichten gebucht und dabei höher bezahlt als die Stammebelegschaft. Unter solchen Leiharbeitsanbietern ist in Berlin Zenjob recht verbreitet und stellt bei einigen Schichten der Gorillas die Hälfte oder mehr der Lieferfahrer. Bei diesen Leiharbeitern steht neben dem höheren Lohn als Anreiz die Füße still zu halten, oder eben in die Pedale zu schwingen, auch die Drohung, dass sie einfach für die nächste Schicht nicht gebucht werden, sollten sie das nicht tun. Dazu kommt auch das für Start-Ups typische Gerede von einer Firma, die noch in den Kinderschuhen stehe und deshalb ja Einheit brauche, von angeblich „flachen Hierarchien“ oder ähnlichem Quatsch, mit dem sie versuchen, die Arbeiter zu belügen.

Insgesamt sollten, wie die Soziologieprofessorin Nicole Mayer-Ahuja in einem Interview mit der *taz* auch beschreibt, laut bürgerlichem Verständnis Arbeitskämpfe hier unmöglich sein, erst recht ohne gelbe Gewerkschaft: *„Aus Perspektive der klassischen Forschung zu Arbeitskämpfen ist es erstaunlich, dass sich Beschäftigte hier überhaupt organisieren: Es sind kurzfristige Jobs, es gibt eine junge und migrantische Belegschaft, kaum Gewerkschaftsmitglieder, keine Betriebsräte. Und es gibt eine Start-Up-Ideologie, die den Beschäftigten vormacht: flache Hierarchien, gemeinsames Ziel, wir sind eine Familie.“*

Die Arbeiter haben das Gegenteil in der Praxis bewiesen. Die Rider vernetzten sich, zunächst unter dem Namen „Riders United Gorillas“, seit Mai diesen Jahres „Gorillas Workers Collective“. Auch wurde inzwischen ein Betriebsrat gegründet, wobei „Gorillas“ versucht hat, die Betriebsratwahl zu sabotieren, indem sie entgegen Absprachen und widerrechtlich mit Schichteinteilungen versucht haben, Arbeiter von dieser Wahl fernzuhalten. Vor diesem Hintergrund war der Anlass für einen weiteren Sprung der Kämpfe die Entlassung eines Riders ohne Vorwarnung, wegen

angeblichen Verspätungen beim Arbeitsantritt. Seine Kollegen entschieden sich für einen wilden Streik, um gegen diese Entlassung zu kämpfen und protestieren. Dieser und wiederholte Blockaden einiger der Lagerhäuser haben gedient, die Arbeiter mehr zusammenzuschließen. Als die „Ungereimtheiten“ der Lohnabrechnungen für Juni noch massiver waren, wurde im Laufe einer unangemeldeten Kundgebung vor dem Hauptquartier der Gorillas eine Liste an unmittelbaren Forderungen aufgestellt. Diese ist im Internet unter anderem auf dem Twitteraccount des „Gorillas Workers Collective“ zu finden. An den ersten beiden Stellen und mit einer Frist von 48 Stunden stand das Auszahlen der fehlenden Löhne, sowie eine Entschädigungszahlung in Höhe eines Monatsgehalts an alle Arbeiter, für verspätete Zahlung, Zusatzaufwand und weitere in den Forderungen aufgeführten Probleme. Bei dieser Kundgebung hat auch das Management, inklusive eines Mitgründers versucht, die Arbeiter zu beschwichtigen, sind aber nach kurzer Zeit vor den Denunziationen zurück ins Büro geflüchtet. Gorillas behauptet, zwar der ersten der Forderungen nachgekommen zu sein, unterschiedliche Umfragen durch Social Media zeigen aber, dass oft mehr als die Hälfte der Befragten sagen, sie haben ihr Geld nicht, oder nicht in voller Höhe erhalten. Parallel zu diesen Behauptungen und Versprechen, dass man ja, wie auch seit Gründung der Firma gesagt wird, alle die genannten Probleme lösen werde, hat Gorillas klammheimlich die Arbeitszeit verlängert und beschlossen, dass die Pausen ab jetzt unbezahlt sind. Damit und mit Anlass von vermehrten Unwettern, für die die „Schutzbekleidung“, ein paar dreckige Ponchos, völlig unzureichend ist, kommt es aktuell zu Zeit des Redaktionsschlusses zu weiteren Blockaden und Streiks, Tendenz steigend.

Die Kämpfe betreffen aktuell noch hauptsächlich auf die unmittelbaren Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter bei Gorillas, aber sie beginnen auch in Kontakt zu treten mit anderen Kollegen in ähnlichen Situation, wie Lieferfahrern von *lieferando* oder *foodora*. Jede der Verbesserungen wurde erkämpft und das Festhalten und Durchsetzen dieser Verbesserungen ist nur die Bestätigung der im Kampf gemachten Erfolge. Das lernt jeder der Streikenden und Kämpfenden. Das selbe gilt dafür, dass bei diesen Errungenschaften immer wieder versucht wird, sie zu zerstören. Das wird nicht enden, solange wir noch in diesem System leben. Aber Kämpfe wie dieser sind auch Beleg dafür und Resultat davon, wie dieses System sich immer weiter in die Krise gräbt und immer weiter zerfällt. •

NEUES VOM EKZ STEILSHOOP



Die Rote Post berichtete bereits über das Einkaufszentrum im Herzen von Steilshoop, welche langsam verfällt. Das von der bürgerlichen Presse getaufte „Ekel-EKZ“ in Steilshoop wurde nun von dem kriminellen dänischen Kaufmann Henrik Nygaard Johansen an die „reteam group“ verkauft. Für einen unbekannten Preis. CEO dieser „reteam group“ ist Kathrine Heiberg. Sie verspricht in Interviews mit „MoPo“, „Bild“ und dem „Focus“, dass sie zusammen mit den Bewohnern Steilshoops dieses Einkaufszentrum umgestalten möchte. Dafür möchte sie über 400 Interviews mit den Bewohnern führen. Mit welchen 400 Bewohnern Steilshoops sie sich austauschen möchte, wurde leider nicht erwähnt. Außerdem werde sich in „sozialen Medien“ ausgetauscht, z.B. mit der Beantwortung der Frage, was die Bewohner verändern würden, wenn sie Geschäftsführer wären.

Das Einkaufszentrum soll in zwei Jahren wieder so aussehen, wie es vor zwölf Jahren aussah. Alle

Flächen seien dann vermietet, sagt Heiberg. Aktuell stehen 22 der 55 vermieteten Einheiten leer. Dazu sollen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre alle technischen Anlagen erneuert werden. Für Steilshoop soll mit Hilfe dieses sanierten Einkaufszentrums ein neuer „sozialer Treffpunkt“ erschaffen werden.

Ein sozialer Treffpunkt in Form eines Einkaufszentrums? Sozial ist dort nur die Zusammenkunft mit den Bekannten, die man vor Ort trifft. In Wirklichkeit ist es aber natürlich ein Treffpunkt zum Konsumieren. Wenn Heiberg und die „reteam group“ wirklich einen sozialen Treffpunkt für den Stadtteil plant, dann werden hoffentlich nicht ausschließlich Einzelhandelsläden in dem Einkaufszentrum ihren Platz finden, sondern wirklich „Soziales“. Dass Vermiet-/Verkaufsfläche direkt für die Bewohner z.B. in Form einer freien Werkstatt, eines freien Sportraums oder ähnlichen nötigen Räume zur freien Gestaltung zur Verfügung steht, bleibt allerdings zu bezweifeln.

Machen wir uns nichts vor: Das Einkaufszentrum wurde von einem schmierigen Kaufmann an ein schmieriges Unternehmen verkauft, welches sich auf die Sanierung und Optimierung von maroden Einkaufszentren spezialisiert hat. Im Vordergrund der „reteam group“ steht, wie in allen betriebswirtschaftlichen Unternehmen, natürlich die Gewinnmaximierung. Die Bedürfnisse der Bewohner vor Ort, nämlich einen wahren sozialen Raum zur Entfaltung zu erhalten, stehen konträr zu dem Ziel der „reteam group“. Es bleibt offen, welche Art der Mitbestimmung die Bewohner von Steilshoop in der Sanierung ihres Einkaufszentrums erwarten können. Wenn die Forderungen der Bewohner lediglich für Design-Fragen berücksichtigt werden oder sie die Arten der Geschäfte mitentscheiden dürfen, können sie ausschließlich ihren Konsum mitbestimmen, nicht aber die Struktur dieses Gebäudes. Den Bewohnern Steilshoops kann es egal sein, ob ein Aldi, ein Lidl oder ein Netto in ihrem Einkaufszentrum Platz findet, diese Art der Mitbestimmung sorgt dafür, dass ihr Einkaufszentrum sich entwickelt, wie die bereits bekannten Hamburger Einkaufszentren in Billstedt, Altona oder Harburg.

Ein Blick auf das Internetportal der „reteam group“ zeigt auch nichts Vielversprechendes für die Bewohner Steilshoops. Projekte von Südafrika bis Island habe die „reteam group“. Sie spezialisieren sich auf die Wiederaufwertung und Sanierung von „Einzelhandelszielen“, das beinhaltet Einkaufszentren aber auch ganze Stadtteile, die eine stärkere Verkaufskraft entwickeln sollen. Von sozialen Projekten oder gar „soziales Engagement“ ist nichts zu sehen. Was die Menschen in Steilshoop also erwarten können, ist ein Einkaufszentrum, wie jedes andere, das lediglich aufgewertet werden soll. Die Vorgegaukelte „Einbindung der Bewohner“ ist nur dafür da, den Leuten aus dem Viertel best möglich das Geld aus der Tasche zu ziehen. Diese Aufwertung des Einkaufszentrums passt zeitlich tatsächlich auch sehr gut in den Plan der Hamburger Bürgerschaft. Denn in den nächsten Jahren wird Steilshoop, als eines der letzten Arbeiterviertel, eine eigene U-Bahn Anbindung erhalten, welche dringend nötig ist. Wenn man einen Blick auf die Aufwertung der Stadtteile Billstedt, Bergedorf oder Mümmelmannsberg wirft, wird man die Zukunft Steilshoops erkennen können. Im Zentrum Steilshoops wird dann ein gut saniertes Einkaufszentrum, sowie eine passende U-Bahn-Anbindung stehen. Wenn dann, wie in den anderen Stadtteilen,

auch noch das Zentrum generell aufgewertet wird, durch unter anderem Straßen- und Gehwegsanierungen, werden natürlich auch die Mietpreise der anliegenden Wohnhäuser steigen. Diese Methode, die Mietpreise in einem Stadtteil steigen zu lassen, verdrängt nach und nach die Arbeiter aus ihren Vierteln und macht Platz für eine besser zahlende Mieterschaft. Diese Art der Gentrifizierung verläuft immer ähnlich, wir freuen uns schon auf die Nachrichten aus verschiedenen Medien, die Steilshoop als „neues aufstrebendes Viertel“ anpreisen.

Im „MoPo“- und „Focus“-Interview malt Heiberg, die mit den Menschen vor Ort planen möchte, sich dann noch ein einstudiertes Szenario aus, welches bürgerlicher nicht sein könnte:

„Dann beschreibt sie noch ein Szenario, wie sie sich das Leben rund um das EKZ in der Zukunft vorstellt. „An einem Samstag würde ich hier um 10 Uhr mit Freunden brunchen gehen. Anschließend gehen wir ins Center und dort ist ein Event für die Kinder. Um zwei Uhr nachmittags habe ich mir dann ein Kleid für eine Hochzeit in der nächsten Woche gekauft.“ Und weiter: „Ab drei Uhr gibt es hier Musik und während wir zuhören, beschließen wir, einen Grillabend zu machen. Dazu gehen wir zu Aldi und in den türkischen Lebensmittelläden.“

Sie vergisst schlichtweg, dass die Bewohner der Arbeiterviertel oft auch am Wochenende arbeiten müssen und dass ihr Geld für die beschriebenen Unternehmungen oft nicht reicht. Ein so hedonistischer Samstag ist für eine Vielzahl der Bewohner Steilshoops einfach nicht möglich und auch nicht erstrebenswert. Was hat Aldi außerdem für ein Interesse daran, in einem EKZ neben anderen Lebensmittelläden zu existieren? Die Bewohner in Steilshoop benötigen kein von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen geführtes Einkaufszentrum, in dem die üblichen Läden ihren Platz finden. Den Menschen in Steilshoop bedarf es nicht nur an einer „Mitbestimmung“ dieses Zentrums, sondern an einer kompletten Entscheidungsmacht, was mit diesem Gebäude passieren soll, denn sie sind diejenigen, die wirklich wissen, an was es in ihrem Stadtteil fehlt und was er wirklich braucht. •

SCHON WIEDER POLIZEISCHÜSSE IN GRÖPELINGEN



Axstedter Straße im Ohlenhof, Epizentrum der vermeintlichen „Massenschlägerei“

Im Schatten der hohen Mauer der Bremer JVA, die mit Stacheldraht gekrönt ist, liegt der Gröpelingener Ortsteil Ohlenhof, einer der ärmsten Ortsteile ganz Bremens. Neben einer Neubausiedlung aus Doppelhaushälften ist der Ohlenhof vor allem geprägt durch kleine alte Mehrfamilienhäuser mit kleinen Wohnungen, die in den 50er und 60er Jahren überall dort errichtet wurden, wo die schwere Industrie direkt vor der Tür war – der Hafen.

Der Hafen ist mittlerweile bedeutungslos geworden, und Gröpelingen wurde zum ärmsten Stadtteil Bremens. Eine alte Frau, die seit den 70ern schon in Gröpelingen lebt, formuliert es folgendermaßen:

„Früher war Gröpelingen ja das Kommunisten-Viertel. Wir sind hier her gekommen als Flüchtlinge, weil es hier Arbeit gab. Schön war Gröpelingen nie, aber als die AG-Weser dann pleite ging, ging es nur noch bergab.“ (Die AG-Weser war eine große Werft im Hafen von Bremen, in der viele Gröpelingener arbeiteten. Mit der Pleite verloren Tausende ihre Arbeit)

Im ärmsten Stadtteil ist wie immer natürlich auch die Polizei besonders präsent, denn da, wo die Unterdrückung groß ist, ist auch der Kampfgeist und der Drang nach Widerstand am größten. Das weiß auch die Polizei. Die Folge ist tagtägliche Schikane, Kontrollen und immer öfter auch der Gebrauch der Schusswaffe. So auch wieder am 12. Juni in der Axstedter Straße/Ernst-Waldau-Straße. Der Grund soll eine Massenschlägerei gewesen sein, wenn man der Polizei Glauben schenken mag. Die Leute, die im Viertel Leben, erzählen etwas anderes. Was sich vor allem durch die Aussage der Leute in und rund um die Axstedter Straße zieht, ist, dass sie von der „Massenschlägerei“ überhaupt gar nichts mitbekommen haben. Viele sagen, sie haben erst am nächsten Tag in der Presse davon gelesen. Was sie mitbekommen haben, ist der große Einsatz der Polizei. Dass das Viertel über Stunden hinweg zur Sperrzone wurde, in die man weder rein noch raus kam. Dass man seine Wohnung nicht mehr verlassen durfte und neben den dutzenden normalen Polizisten auch mit schwerem Geschütz bewaffnete und verummte Spezialkräfte vom SEK das Viertel besetzten.

Eine alte Frau, die direkt in der Axstedter Straße wohnt, berichtet über den Nachmittag des 12. Juni: *„Ich war hier zu Hause, hab das aber nicht mitbekommen. Auf einmal war sehr viel Polizei hier, die alles abgesperrt hat. So hab ich das in 21 Jahren hier noch nicht erlebt – schön war das nicht.“* Einer, der gesehen hat, was passiert ist, berichtet keineswegs von einer Massenschlägerei. Insgesamt vier Jugendliche, von denen einer ein Messer hatte, hatten Stress, wie er sagt. Als ein Auto mit weiteren Leuten kam, die die eine oder andere Partei der Schlägerei vermeintlich unterstützen wollten, war die Polizei längst vor Ort; dann wurde geschossen. Für den Mann, der von dem Vorfall berichtet, ist es keine Überraschung, dass sowas in Gröpelingen passiert:

„Das ist nur noch Überlebenskampf hier und viel zu wenig Zusammenhalt. Ich wohne seit 42 Jahren jetzt hier und früher war es besser. Ich hatte 30 bis 40 Freunde hier in der Gegend, die von überall kamen, das hat überhaupt keine Rolle gespielt, das ist heute nicht mehr so. Früher haben wir hier auf der Straße Ball gespielt mit 30 Kindern. Heute ist kein Kind mehr auf den Straßen hier. Und die Polizei hier kannst du eh vergessen. Die sind aggressiv und nicht für die Leute da und schießen dann natürlich auch mal.“

Dieses Mal gingen die Schüsse, die einer der Polizisten abgeben hat, zum Glück nur in die Luft – letzten Sommer war das anders. Im letzten Jahr wurde der Marokkaner Mohamed Idrissi vor seiner Wohnung in Gröpelingen von vier Polizisten mit gezogener Waffe in eine Ecke gedrängt, mit Pfefferspray attackiert und beim Versuch, wegzulaufen, durch zwei Schüsse in den Oberkörper ermordet. All das – von den Polizeikontrollen bis hin zu den Schüssen, die sie auf unsere Leute feuern – ist ein Ausdruck der immer weiter voranschreitenden Militarisierung der Arbeiterviertel in der BRD. Der deutsche Staat schickt seine bewaffneten Fußsoldaten namens Polizei in unsere Viertel, um klar zu machen, wer das Sagen hat, um uns einzuschüchtern und uns zu unterdrücken. Alles um ihre Herrschaft, die unsere Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, aufrechtzuerhalten. Für dieses Ziel ist ihnen kein Preis zu hoch, kein Recht heilig und kein Mittel zu grausam. Sie haben schon oft gezeigt, dass sie bereit dazu sind, unsere Leute im Zweifel auch

zu ermorden. Das zeigt das Beispiel vom Mord an Mohamed Idrissi aus Gröpelingen, von Qosay Sadam Khalaf aus Delmenhorst-Wollepark, den die Polizei bis zum Tode leiden ließ, von Adel B. aus dem Essener Arbeiterviertel Altendorf, der durch eine geschlossene Glastür hindurch erschossen wurde, oder Oury Jalloh aus Dessau, den die Polizei bei lebendigem Leib angezündet und verbrennen lassen haben. Alle sind sie gestorben durch die blutbefleckten Hände der Diener des deutschen Staates.

Das Mittel, was uns dagegen zur Verfügung steht, ist, uns entgegen aller Widersprüche, die sie versuchen zu sähen, zu vereinen. Allein sind wir machtlos, aber als eine vereinte Klasse, eine vereinte Kraft, die den Kampf gegen ihre Unterdrückung selbst in die Hand nimmt, sind wir in der Lage, uns zu wehren und dem zu widerstehen. Vollkommen egal, woher wir kommen, welche Haar- oder Hautfarbe wir haben, was unsere Muttersprache ist; wir sind vereint darin, dass wir diejenigen sind, die in diesem System ausgebeutet und unterdrückt werden, vereint darin, dass wir ein gemeinsames Interesse haben, mit diesem Status quo Schluss zu machen und vereint darin, dass wir die einzigen sind, die dieser Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende bereiten können. Fallen wir auf ihre Spaltereien herein, dann nützt es nur unseren Unterdrückern, denen wir damit die Möglichkeit verschaffen, ihr System weiter über unsere Köpfe hinweg aufrechtzuerhalten. •

Qosay aus Delmenhorst, im März von der Polizei ermordet



ESSEN 51 – DIE LÖSUNG DES WOHNUNGSPROBLEMS IN ESSEN?



So soll das geplante Viertel aussehen

Seit Jahren lässt sich ein Trend erkennen, dass in der BRD immer mehr Menschen in die großen Städte ziehen, ländliche Regionen vor allem im Osten der Republik haben mit Überalterung zu kämpfen, da die Jungen in die Städte ziehen. So auch in Essen. Seit 2011 steigt die Einwohnerzahl kontinuierlich wieder an, Grund sind nicht steigende Geburtenraten, sondern Zuzüge aus anderen Städten und vor allem durch Menschen, die vor den imperialistischen Kriegen in den unterdrückten Nationen fliehen.

Dies stellt den Wohnungsmarkt in Essen vor ein Problem. Denn es wird plötzlich viel mehr Wohnraum benötigt, als vorhanden ist. Die meisten Menschen, die nach Essen kommen, sind volljährig und leben alleine. Dies führt unter anderem zu einer Steigerung von Ein-Personen-Haushalten und weiterer Belegung von vorhandenem Wohnraum. Doch das ist nicht das Problem der Hausbesitzer und Wohnungsbaukonzernen, sondern das der Arbeiter, die für den immer knapper werdenden Wohnraum mehr bezahlen müssen. Dabei muss man jedoch im Kopf behalten, dass nicht die, die vor den imperialistischen Kriegen flüchten, das Problem sind, sondern der Imperialismus selber, der den Hausbesitzern ermöglicht, durch Wohnraumverknappung höhere

Mieten zu verlangen. Auch wenn die Wohnungssituation noch nicht so schlimm wie in Berlin, Hamburg oder München ist, steigen auch in Essen die Mieten immer weiter an. Konkret sollen bis zum Jahr 2030 16.500 Wohnungen in Essen fehlen.

Dabei geht es nur um die quantitative Seite. Die Qualität des Wohnraumes wird bei den Zahlen außer Acht gelassen. So sind 72 Prozent aller reinen Wohnhäuser und 65 Prozent aller Häuser mit Wohnungen in Essen vor 1978 gebaut worden und weisen altersbedingt Mängel auf. Unterhält man sich mit den Leuten in den Arbeitervierteln über die Qualität ihrer Wohnungen, hört man häufig, dass diese von Schimmel befallen sind oder man Probleme mit Ratten hat, welche im Keller oder auf den Balkonen rumlaufen. Dass Ungeziefer wie Ratten Krankheiten übertragen, ist den Vermietern egal. Die befragten Mieter sagten, dass nach mehrmaliger Aufforderung an den Vermieter über einen Zeitraum von einem Jahr nichts unternommen wurde. Die Hausbesitzer oder auch Wohnungsgesellschaften sehen das nicht als ihr Problem an. Bei Renovierungen wird mehr auf Schein als auf Sein gesetzt. Eine Vonovia-Mieterin erzählte, dass nach der Renovierung immer wieder Wasser

im Keller einlief und für Schimmelbildung sorgte. Vonovia hat sich um die Behebung des Schadens nicht gekümmert.

Doch die Stadt Essen hat einen Plan: Sie will im großen Maß Wohnraum schaffen und hat dafür eine Reihe von Projekten geplant, welche auch umgesetzt werden. Vor allem im West-Viertel wird gebaut. Vom „Smarten Wohnen“, grünen Wohnumfeld und mit Work-Life-Balance wird geworben. Auf dem alten Fabrikgelände von Krupp, im sogenannten Kruppgrübel, soll neuer und hochwertiger Wohnraum geschaffen werden. Von der „Grünen Mitte“ aus wird bis Altendorf alles umgebaut. Das aktuelle Projekt trägt den Namen „Essen 51“, wird von dem Planerbüro der Thelen-Gruppe als Essens 51. Stadtteil beworben und grenzt an Altendorf und Borbeck an. 1.800 Wohneinheiten sollen auf einem Areal von 52 Hektar entstehen. Über 10% der benötigten Wohnungen bis 2030 also. Was sich erst mal nach einer guten Nachricht anhört, entpuppt sich schnell als ein Angebot, welches exklusiv an Großverdiener gerichtet ist.

In einer Wohnungsannonce für das neue hippe Viertel im Essener Norden wird Essen 51 folgendermaßen beworben: *„Ein optimal ausgebautes Autobahn- und Schienennetz und drei Flughäfen im näheren Umkreis sorgen für schnelle Verbindungen innerhalb der Metropole Ruhr und zu nationalen und internationalen Städten und Ballungsräumen. Vier Autobahnen verbinden Essen mit den wichtigen Verkehrsachsen. Im Norden ist Essen an die A 42, in der Innenstadt an die A 40 und im Süden an die A 44 und die A 52 angeschlossen.“* Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie viele Menschen aus der Arbeiterklasse regelmäßig internationale Linienflüge benötigen, dass dies in die Wohnungssuche eingeplant wird. Gelinde gesagt die wenigsten. Wer dies jedoch benötigt, sind hohe Angestellte und Manager, die mit dem Hauptsitz der Thyssenkrupp AG in direkter Nachbarschaft oder anderen Konzernen wie die „RWE AG“ ihren Arbeitsplatz haben.

Natürlich ist neuer Wohnraum begrüßenswert. Doch sind die Mieten mit 9,80€/qm für eine Wohnung in „Essen 51“ im Vergleich zu den Mieten im benachbarten Altendorf mit 5,85€/qm viel zu hoch. Das lässt die Frage noch größer werden, wer dort wohnen soll, oder besser gesagt, wer es sich leisten kann, dort zu wohnen. Denn Qualität des Wohnraums ist auch an den Geldbeutel geknüpft und daher auch eine Frage, zu welcher Klasse man gehört. Kann man

sich das als Familie mit einem Job beim örtlichen Lidl leisten? Wohl kaum.

Mit dem Bau des Viertels soll auch die „soziale Durchmischung“ in der Stadt gefördert werden. Wie in der letzten Ausgabe der Roten Post beschrieben, ist der nördliche Teil der Stadt, in welchen sich „Essen 51“ befindet, stark von Armut und Migration geprägt. Doch dann wird Essen 51 als weitestgehend autarkes Quartier geplant. Es soll über alles verfügen, was man für den Alltag braucht. Schulen, Kitas, Arbeitsplätze, Supermärkte und Freizeitbeschäftigung sind alles im Quartier angelegt, man muss quasi sein neues Viertel nicht verlassen und kann unter sich bleiben. Was dann stört ist die Umgebung. Die Nachbarn aus Altendorf, der Pöbel.

Denn die sogenannte soziale Durchmischung, mit welcher man immer wieder angeblich die Probleme der breiten Massen lösen will, ist nichts anderes eine Waffe zur Niederhaltung der Rebellion der Massen. So folgte nach dem Bau von teuren Eigentumswohnungen in der „Grünen Mitte“ die Ausrufung von Gefahrengeländen in der nördlichen Innenstadt und die Videoüberwachung des Rheinischen Platzes. Im Namen der Bekämpfung der Drogenkriminalität wurde ein Teil der Bevölkerung gegen einen anderen Teil ausgespielt. Denn schnell war für alle klar, dass nur Migranten an dem Drogenhandel beteiligt sein könnten. Währenddessen sind die Dealer einfach zwei Straßen weitergezogen, aber die Überwachung des öffentlichen Raumes bleibt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verhinderung von sogenannter „Ghettoisierung“; die Armut soll nicht an einen Punkt konzentriert werden, da der Staat um die Explosivität der Massen weiß und Kämpfe wie in den Banlieues in Frankreich 2005 verhindern will. Denn die Arbeiterviertel sind der Ort, wo das Proletariat in großer Zahl konzentriert ist und damit einhergehend auch ein Großteil der revolutionären Sprengkraft.

Was wir brauchen, ist Wohnraum für uns in ausreichender Menge und einen ordentlichen Zustand. Doch dafür darf „Wohnen“ keine Ware sein, sondern wir müssen selbst entscheiden können, was wir brauchen und in welcher Stückzahl. Doch dafür brauchen wir die Kontrolle über die Produktionsmittel. Es ist gut, wenn das Wohnumfeld so gestaltet ist, dass sich Familie, Arbeit und Freizeitgestaltung nah aneinander befinden; das Problem liegt darin, dass es nur einem kleinen „privilegierten“ Teil der Bevölkerung zugute kommt. •

REAKTIONÄRE GEWALT IN FREIBURG

Am Samstag, dem 12. Juni, kam es in Freiburg zu gleich zwei reaktionären Angriffen. Täter waren unter anderem der AfD-Politiker Robert Hagerman und mehrere Polizisten. Der erste Angriff ereignete sich in der Freiburger-Unterwiehre. Zwei Antifaschisten hatten den AfD'ler Robert Hagerman erkannt und als Faschisten bezeichnet. Dieser begann daraufhin, die beiden zu verfolgen und versuchte, mit seinem Handy „Beweisvideos“ zu sammeln, wie er das auch häufig am Rande linker Demonstrationen macht. Hagerman verfolgte die jungen Aktivisten über einen längeren Zeitraum, bis die Antifaschisten schließlich an einer Straßenkreuzung stehen blieben. Dort näherte der Faschist Hagerman sich den beiden und sagte, er wolle sie wegen Beleidigung anzeigen. Da die beiden nicht weiter gefilmt werden wollten, verdeckten sie seine Handykamera, woraufhin er ein Pfeffergel hervorholte und es mehrfach aus direkter Nähe gegen sie einsetzte. Die Antifaschisten zogen sich zurück und ließen dabei ihre Glasflaschen fallen, was Aufmerksamkeit auf die Situation erzeugte. Ein 61-jähriger Mann stieg aus seinem Auto aus, um den beiden Jugendlichen zu helfen. Er versorgte sie mit Wasser, während seine Begleitung im Auto wartete.

Als Hagerman Anstalten machte, die beiden Betroffenen weiter zu verfolgen, stellte sich der Ersthelfer ihm in den Weg und fragte, warum er Jugendliche angreife. Es kam zu einem Wortgefecht und schließlich holte Hagerman ein Messer heraus, mit dem er dem 61-Jährigen eine Schnittverletzung knapp unterhalb der Brust zufügte. Nach der notärztlichen Erstversorgung vor Ort wurde der stark blutende Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Auch seine Beifahrerin musste medizinisch versorgt werden, da sie von Hagerman mit Pfeffergel angegriffen worden war.

Die Polizei und die Lokalpresse handelten dann ganz im Interesse des Faschisten. Obwohl zu dem Zeitpunkt bereits mehrere Zeugenaussagen vorlagen, die die Situation korrekt darstellten, entschied sich die Polizei, in ihrer Pressemitteilung nur die Darstellung Hagermans zu veröffentlichen. Die Badische Zeitung tat dann, was sie immer tut und schrieb einfach nur die Meldung der Polizei ab. Natürlich wundert sich niemand, dass die Bullen nicht auf der Seite der Antifaschisten stehen. Dass die Polizei nur die Sicht eines

Faschisten darstellt, liegt wohl daran, dass sie Brüder im Geiste sind. Eine Tatsache, die durch einen anderen Vorfall bestätigt wird, der sich am selben Tag nur wenige Stunden später ereignete:

Ein lettischer Antifaschist war im Stadtteil Stühlinger auf dem Weg nach Hause. An einer Ampel traf er auf eine Gruppe betrunkenen Männer, die sich die Wartezeit damit vertrieb, sich gegenseitig in den Schwitzkasten zu nehmen und dumme Sprüche zu reißen. Einige Meter weiter überholte der 36-jährige die Gruppe. Die gesamte Gruppe schaute ihn an und kam zu dem Schluss, dass er für sie nicht deutsch genug aussah. Zwei der Männer begannen, „Ausländer raus!“-Parolen anzustimmen, und ein Teil der restlichen Gruppe fiel mit ein. Der Lette brauchte einen Moment, um zu realisieren, dass er gerade mitten am Tag auf offener Straße rassistisch beleidigt wurde und sagte *„Ja, ich bin Ausländer. Und wo soll ich hingehen?“* Die Betrunkenen riefen weiter rassistische Parolen.

Nachdem der Antifaschist begonnen hatte, Passanten um Hilfe zu bitten, drohte ihm einer der Männer, er wolle ihn erschießen. Auf die Frage, wann und wo er ihn erschießen wolle, antwortete der *„Wenn ich dich nächste Woche in Haslach treffe, dann erschieße ich dich!“* Der Antifaschist versuchte weiter, Passanten um Hilfe zu bitten, aber niemand reagierte. Die Männer, die ihn verfolgten, bedrohten ihn weiter und sagten Dinge wie *„Ich bringe dich um, schlag zu, komm!“*. Als der 36-Jährige eine größere Gruppe von sechs bis zehn Männern um Hilfe bat, reagierten zwei der Männer damit, ihn ebenfalls zu bedrohen. Schnell wurde klar, dass sich beide Gruppen kannten und spontan beschlossen, gemeinsam Jagd auf den Ausländer zu machen.

Auch die zweite Gruppe drohte dem Antifaschisten mit dem Tod und attackierte ihn. Der 36-jährige Lette wehrte sich gegen die körperlichen Angriffe und versuchte, sich weiter zurückzuziehen und sprach dabei immer wieder Leute an, von denen ihm aber niemand zu helfen bereit war. Als er in ein Taxi einstieg, um davonzufahren, schlug einer der Rassisten mit voller Wucht gegen die Tür und zwang ihn, wieder auszusteigen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der eine kleine Gruppe junger Männer versuchte, die Rassisten zurückzuhalten. Es kam zu weiteren Bedrohungen,

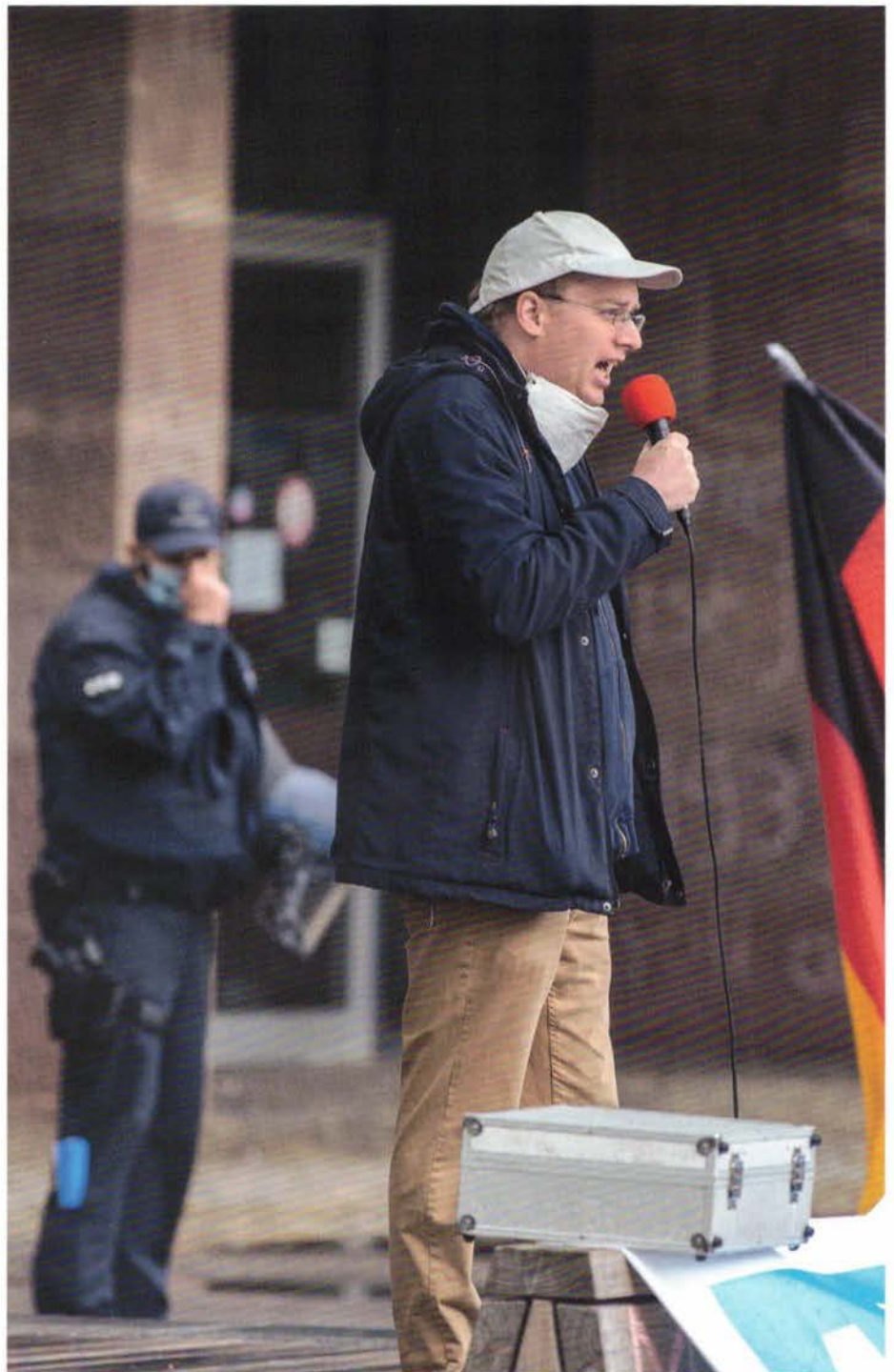
bis der Lette sich letztendlich in eine Tankstelle flüchten konnte, von wo aus er die Polizei rief. Das Gespräch mit der Polizei dauerte 2:18 Minuten und der Antifa konnte währenddessen beobachten, wie die Täter flüchteten. Das teilte er der Polizei auch mit und lief dann in Richtung Feuerwehr, um die Täter nicht entkommen zu lassen.

Als die Polizei ankam, behandelten sie den Antifaschisten wie einen Täter und als sie den Haupttäter entdeckten, begrüßten sie ihn mit einer Umarmung. Der Betroffene wies die Polizisten darauf hin, was der Mann getan hatte und forderte sie auf, ihn festzunehmen, aber die Bullen machten keine Anstalten, ihn auch nur zu kontrollieren. Als der Antifaschist sich beschwerte, dass dem Haupttäter in der rassistischen Hetzjagd erlaubt wurde, einfach unbeteiligt neben der Kontrolle zu stehen, sagte einer der Bullen *„Sie haben die Männer provoziert“* und *„Scheiß Nazis“* genannt. *Wissen Sie eigentlich, dass das eine Beleidigung ist?“*

Wie sich mittlerweile herausgestellt hat, waren mindestens zwei der Männer, die an dem Übergriff beteiligt waren, Polizisten, einer sogar Polizeihauptkommissar. Dieser Sachverhalt erklärt wohl auch, warum die Bullen nach einem solchen Vorfall keine Pressemitteilung veröffentlichten und erst, als sie sich wegen des öffentlichen Drucks, der durch ein Communiqué einer Antifa-Gruppe erzeugt wurde, positionieren mussten, eine Stellungnahme veröffentlichten. Dieser Vorfall zeigt einmal mehr den zutiefst reaktionären Charakter der Polizei, und dass Bullen innerhalb und außerhalb des Diensts keinen Hehl aus ihrem Standpunkt machen.

Eine Woche nach den beiden Angriffen fand bereits eine kraftvolle antifaschistische Demonstration statt, die auch zum Haus des AfD'lers Hagerman zog und an der sich unterschiedliche Organisationen der antifaschistischen Bewegung in Freiburg geschlossen beteiligten. In Anbetracht der zunehmend offenen reaktionären Gewalt gegen fortschrittliche Kräfte und die Massen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Geschlossenheit auch weiterhin gewahrt wird. •

Deutscher „Messermann“ Robert Hagerman



GEDICHT: DER VERBRANNT STIMMZETTEL

Morgens im Besprechungsraum. Der Vorarbeiter tritt herein.

VORARBEITER. Morgen Männer, freut ihr euch schon?

Im Herbst wird's spannend im Land!
Da wählen wir das Parlament,
ihr habt, wenn ihr es nicht verpennt,
die Zukunft in der Hand!
Nutzt eure Freiheit, geht wählen,
denn das Volk ist Souverän.

Tut's für unser Land,
damit wir weiterhin gut leben,
denn es gibt kein höheres Gut
als seine Stimme abzugeben.

CARLOS. Ich fühl mich nicht als Souverän
weil man mir einen Zettel gibt,
auf dem ein paar Parteien stehen,
die alle nur das Gleiche sehen:
Macht, Gewinn, Profit.
Dein Leben ist gut – schön für dich,
so gut haben *wir* es leider nicht.

VORARBEITER. Sei doch nicht so undifferenziert
und voreingenommen!

Es geht doch um viel mehr als Reichtum und Macht,
es geht um *Werte*, es geht um **Alle** –
hat man dir das nicht beigebracht?

CARLOS. Ich brauch mir nicht alles anzuhören,
was ich doch schon kenne.
Sie erzählen's jedes Mal aufs Neue,
und pochen dann auf unsere Treue.
Und sag mir, was sie sonst tun,
als dem Schutz der Reichen Reichtum.

VORARBEITER. Schauen wir uns doch mal an,
wen man alles wählen kann!
Mein heißer Tipp: Die Grünen –
modern und bei der Jugend beliebt,
Garant für bessere Klimapolitik!

WILLI. Mensch, eine ganz neue Idee.
Neulich die Baerbock im Fernsehen gesehen:
Die kann schlecht lügen und bestens kassieren;
auch mit den Grünen wird nix neues passieren.

Klima – bla bla,
jeder hat halt sein Credo, doch
Eh' die Grünen dem Volk helfen,
ist der Papst nicht mehr Pädo.

VORARBEITER. Vielleicht etwas bodenständiger...

Schau, wer hat uns nach dem Krieg
sicher auf den Kurs gebracht,
und aus der Bundesrepublik
einen modernen Staat gemacht?
Was Deutschland heute ist, Marten,
verdanken wir besonders den Christdemokraten.

MARTEN. Das stimmt, deshalb find' ich sie ja so schlecht,
denn alles hier ist ungerecht!
Ausbeutung in der dritten Welt,
so wurde dieses Land reich
und trotzdem hat ein Großteil hier
schlechte Arbeit, wenig Geld.
Schlechtes Leben, nichts gefällt
uns hier und jetzt ist auch noch Krise,
Maskenaffäre, Impfstoffpatente,
erst mit 68 Rente,
alle verschleiern ihre Extraeinnahmen,
die CDU kann man sich „Spahn“.

VORARBEITER. Ihr seid ja ziemlich wütend
doch auch dafür gib't's ne Lösung:
Viele aufgebrachte Leute
hängen mit der AfD rum.

Wär das was?

MARTEN. Wir sind wütend aufs System,
auf die, die herrschen – allesamt.
Doch warum sollen wir, verdammt,
den „anderen“ Vertreter nehmen?
Der genau so wie die ander'n ist,
nur mehr meckert und mehr hetzt,
denn unsere Spaltung braucht es jetzt,
damit man den wahren Feind vergisst.

Alternative für Deutschland?
Wenn dann Alternative *zu* Deutschland!

VORARBEITER. Okay, okay - und die SPD?

HASAN. Hör mir auf damit, verfluchtes Pack!

Von Freikorps bis Hartz 4,
alles an euch hassen wir!
„Partei des kleinen Mannes“,
Mensch, dass ich nicht lache!
Diesen Leuten gebührt Rache.
Wer hat uns verraten?
Sozialdemokraten!

VORARBEITER. Wenn ihr so richtige „Sozis“ seit,
dann geht doch zur Linkspartei!

HASAN. Die sind doch zunehm'nd
die kleine, neue SPD.
Die gleichen Floskeln, die gleichen Phrasen,
wie Ebert und Noske vor 100 Jahren.
Verrat, das können sie gut, und
stell'n vielleicht den nächsten Bluthund!

Auch die koalieren doch oft,
und sonst wird in deutschen Parlamenten
mit der Regierung nur gekuschelt.
„Opposition“ ist längst in Rente.

VORARBEITER. Und die ganzen kleinen,
da ist bestimmt noch was dabei.
FDP, Piraten,
MLPD, Veganer-Partei.

CARLOS. Auch die sind doch nicht anders:

Egal wie sie sich nennen,
sie wollen das System bewahren,
Meinen Zettel werd ich verbrennen,
weil wir in diesem System nichts haben.
Nein, wir wollen kämpfen
für ein besseres System
und wir brauchen auch Vertreter,
die auf *unserer* Seite stehen.
Die Partei, die uns vertritt,
macht nicht bei diesem Zirkus mit!

Den Staat zerschlagend, das System zerstörend,
und Taten auf ihre Worte schwörend,
die Fahne aufrechthaltend, die andere beschmutzen,
die Macht des Volks im Kampfe nutzend,
so baut sie mit uns die neue Welt,
wo jeder, was er braucht, erhält,
vereint gegen die Tyrannei:
Die Kommunistische Partei!

Und wer dann trotzdem kandidiert,
obwohl er sich so nennt wie wir,
verrät die Fahne, verrät das Volk,
das ihn am Ende überrollt.

**Ausbeutung abwählen, das klappt nie –
Boykott der Wahlen der Bourgeoisie!**

**26. September 2021:
GEHT NICHT WÄHLEN!
KÄMPFT UND WEHRT EUCH!**

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM AUGUST

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

FREIBURG

Café Popular
Linkes Zentrum jadelante!
1. und 3. Sonntag im Monat
ab 13 Uhr

DAS TITELBILD

Massenproteste im Senegal gegen Korruption und die Folgen der wirtschaftlichen Krise, März 2021

**ROTE
POST** 